Eine-Welt-Presse

Herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN)

3/2020 | 37. JAHRGANG | ISSN 1614-5437

EIN SICHERES KLIMA FÜR DEN FRIEDEN?

Foto: UN Photo/Marco Dormino

Klimawandel – Gefahr für die Sicherheit von Menschen und den Frieden auf der Welt

Der Klimawandel ist die bestimmende Herausforderung unserer Zeit. Trockenheit, Wassermangel, extreme Wetterereignisse und steigende Meeresspiegel gefährden die Lebensgrundlagen und die Sicherheit von Milliarden Menschen. Knapper werdende Ressourcen verschärfen bestehende Konflikte. Welche Bedrohungen für Sicherheit und Frieden gehen vom Klimawandel aus? Und wie kann die internationale Gemeinschaft reagieren?

António Guterres, der Generalsekretär der Vereinten Nationen (UN), hat in seiner Rede vor der 25. UN-Klimakonferenz im Dezember 2019 in Madrid gefordert, dass wir »endlich unseren Krieg gegen die Natur beenden« müssen. Denn nachdem sich die Menschheit bereits seit Jahrzehnten im Krieg mit dem eigenen Planeten befände, schlage dieser nun zurück. In der Tat sind die Folgen des Klimawandels für immer mehr Menschen eine alltägliche Realität. Dabei hat der Klimawandel nicht nur das Verhältnis zwischen Mensch und Natur aus dem Gleichgewicht gebracht. Die von ihm ausgelösten Veränderungen drohen auch das Verhältnis zwischen Menschen untereinander an immer mehr Orten der Welt durcheinanderzubringen.

Die extremen Ausmaße der Klimakrise, die sich zuletzt beispielsweise in den verheerenden Waldbränden im Amazonasgebiet und in Australien gezeigt haben, lassen kaum einen Zweifel, dass der Klimawandel Auswirkungen auf Frieden und Sicherheit hat. Dies betrifft zunächst die unmittelbare persönliche Sicherheit der betroffenen Menschen, etwa wenn in Folge des Klimawandels das eigene Haus abbrennt oder keine Versorgung mit Trinkwasser oder Nahrung mehr gewährleistet ist. Laut dem Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) wurde bereits ein durchschnittlicher Temperaturanstieg von 1° C verursacht, mit dem »klimabedingte Risiken für Gesundheit, Lebensgrundlagen, Ernährungssicherheit und Wasserversorgung, menschliche Sicherheit und Wirtschaftswachstum« einhergehen. Erhöht sich die Erwärmung um 1,5° C oder 2° C, werden diese Gefahren noch weiter steigen.

Jenseits der zahlreichen Einzelschicksale, die der Klimawandel hervorruft, kann er auch die Sicherheit und Überlebenschancen ganzer Gesellschaften und Staaten gefährden. Inselstaaten oder niedrig gelegene Küstenstaaten fürchten um ihre gesamte Existenz – und noch immer gibt es keine Einigkeit darüber, ob betroffene Menschen anderswo Aufnahme finden können.

Je begrenzter lebenswichtige Ressourcen wie Wasser und Nahrungsmittel in bestimmten Regionen werden, desto größer wird auch die Gefahr, dass Verteilungskonflikte zunehmen. Schon 2014 erklärte das IPCC, dass der Klimawandel die Gefahr gewaltsamer Auseinandersetzungen erhöht, da er bereits bekannte Treiber von Konflikten wie Armut und wirtschaftliche Verletzlichkeit verstärkt. So wurde etwa auch der Ausbruch des seit Jahren anhaltenden Bürgerkriegs in Syrien durch Proteste gegen eine Explosion von Lebensmittelpreisen in Folge einer Dürre zumindest begünstigt. Der Klimawandel tritt jedoch selten als alleinige Konfliktursache auf, sondern meist im Zusammenspiel mit weiteren Faktoren wie Überbevölkerung, politischer Diskriminierung, sozialer Ungleichheit und geringen wirtschaftlichen Chancen. Expertinnen und Experten bezeichnen den Klimawandel deshalb als »Risikomanipulator«.

Forscherinnen und Forscher der Berkeley-Universität konnten in einer Studie über Afrika südlich der Sahara nachweisen, dass Bürgerkriege dort mit einer 50 Prozent höheren Wahrscheinlichkeit ausgebrochen sind, wenn die Jahrestemperatur 1° C über dem Durchschnitt des gemessenen Zeitraumes lag. Dies deckt sich mit wissenschaftlichen Untersuchungen, die für verschiedene Weltregionen belegen, dass häusliche Gewalt, Überfälle und Morde sowie Polizeigewalt zunehmen, wenn die Temperaturen deutlich über dem Durchschnittswert der jeweiligen Region liegen. Ebenso konnte ein signifikanter Zusammenhang zwischen hohen Temperaturen und der Anzahl von Terroranschlägen festgestellt werden.

Durch die Veränderung des Klimas ergeben sich auch neue geopolitische Herausforderungen: Beispielsweise führte das Abschmelzen von Eis in der Arktis bereits zu einer zunehmenden Militarisierung in der Region, anliegende Staaten wetteifern um die Macht über neue Schifffahrtswege und den Zugang zu Rohstoffen. Doch ebenso wie der Klimawandel Konflikte befördert, gilt auch der Umkehrschluss und erhöhen gewaltsame Konflikte die Verletzlichkeit gegenüber dem Klimawandel. Denn dort wo Konflikte und Unsicherheit herrschen, haben Menschen nur wenige Möglichkeiten, selbst zum Schutz des Klimas beizutragen. Zudem kann ihnen auf Grund schlechter Infrastruktur und kaum vorhandener staatlicher Strukturen und Sozialsysteme bei der Anpassung an den Klimawandel wenig geholfen werden.

Um die Sicherheitsrisiken des Klimawandels so gering wie möglich zu halten, bleibt die wichtigste Aufgabe der Klimaschutz und die Umsetzung des von den Vereinten Nationen beschlossenen Pariser Klimaabkommens. Doch damit in Zukunft Frieden und nachhaltige Entwicklung für alle Menschen trotz der negativen Auswirkungen des Klimawandels gesichert werden können, braucht es auch eine bessere Anpassung an die Folgen des Klimawandels und ist es notwendig, diesen in allen Politikbereichen mitzudenken – auch in der Sicherheitspolitik. Aus diesem Grund bemüht sich Deutschland während seiner zweijährigen Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat 2019 und 2020 darum, die sicherheitspolitischen Risiken des Klimawandels auch auf die Tagesordnung des wichtigsten Entscheidungsgremiums der Vereinten Nationen zu setzen.

KLIMA, ENTWICKLUNG & FRIEDEN *Seite 2*
NAHRUNGSSICHERHEIT *Seite 3*
KLIMA UND KONFLIKTE *Seite 4–5*
KLIMAVERSICHERUNGEN *Seite 5*
KLIMAWANDEL IM UN-SICHERHEITSRAT *Seite 6–7*
GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT *Seite 7*
KLIMASCHUTZ IN KONFLIKTREGIONEN *Seite 8*
KLIMA-MIGRATION IN WÜRDE *Seite 8*

Foto: F. Peters

Liebe Leserinnen und Leser,

im Jahr 2020 begehen die Vereinten Nationen (UN) ihr 75-jähriges Bestehen. Trotz zahlreicher Rückschläge und Krisen auf der Welt konnte die Organisation das Leben vieler Menschen verbessern. Klar ist aber auch, dass weiterhin viele und immer wieder neue Herausforderungen fortbestehen, die internationale Lösungen erfordern. Deshalb ist es heute ebenso wichtig wie zum Zeitpunkt der Gründung der UN, dass die Staaten der Welt zusammenarbeiten, um gemeinsame Lösungen für gemeinsame Probleme zu finden.

Der Klimawandel gehört zu den größten Herausforderungen unserer Welt. Werden die Staaten es schaffen, das Pariser Klimaabkommen umzusetzen? Wird es uns gelingen, die Folgen des Klimawandels so zu abzumildern, dass Menschen überall auf der Welt in Zukunft ein besseres Leben führen können als heute?

Es zeigt sich immer deutlicher, dass der Klimawandel und seine Folgen nicht für sich alleine stehen, sondern sich durch alle Lebensbereiche hindurchziehen. Sie sind nicht nur eine existenzielle Bedrohung für einzelne Menschen, sondern gefährden auch ganze Gesellschaften und den Frieden.

Die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) unterstreicht, dass Klima- und Umweltschutz, Frieden, globale Gerechtigkeit und die Überwindung von Armut eng miteinander verbunden sind: Entwicklungszusammenarbeit lässt sich von Friedens- und Klimapolitik nicht trennen. Dreht man an einer Stellschraube, hat dies auch Auswirkungen auf andere Ziele.

Diese Ausgabe der Eine-Welt-Presse bringt verschiedene Perspektiven, wie der Klimawandel die Sicherheit von Menschen und den Frieden auf der Welt beeinflusst, zusammen. Dies ist gerade auch aufgrund der derzeitigen deutschen Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat von großer Bedeutung.

Wir freuen uns, wenn die Beiträge viele Leserinnen und Leser erreichen. Dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sind wir für die finanzielle Förderung dieser Publikation sehr dankbar.

Ich wünsche Ihnen eine interessante und erkenntnisreiche Lektüre.

Detlef Dzembritzki, DGVN-Vorsitzender

Klimapolitik ist Friedenspolitik

Dr. Maria Flachsbarth, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, über Klimaschutz, nachhaltige Entwicklung und Krisenprävention.

Die Weltgemeinschaft hat sich im Pariser Abkommen von 2015 zu ambitioniertem Klimaschutz verpflichtet, um die globale Erwärmung auf möglichst 1,5° C zu beschränken. Doch selbst bei aktuell 1° C Erwärmung sehen und spüren wir schon die Folgen des Klimawandels – nicht nur wir in Deutschland, sondern vor allem die Ärmsten in anderen Teilen unserer einen Erde, die am wenigsten zum Klimawandel beitragen. Ehemals fruchtbare Landschaften werden zu Wüsten, eine wachsende Bevölkerung und Umweltzerstörung erhöhen den Druck auf natürliche Ressourcen. In Sub-Sahara-Afrika ist bereits heute jeder fünfte Mensch chronisch unterernährt.

Dass weltweit Schülerinnen und Schüler für eine bessere Zukunft auf die Straße gehen, führt uns allen eindringlich vor Augen, wie zentral der Kampf gegen den Klimawandel ist. Gleichzeitig hat die Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2020 einmal mehr gezeigt, wie aufgeheizt sich das sicherheitspolitische Weltklima darstellt. Ich freue mich daher besonders, dass die vorliegende Ausgabe der »Eine-Welt-Presse« das Thema »Klima & Sicherheit« als Schwerpunkt gewählt hat.

Für immer mehr Staaten wird der Umgang mit den zunehmenden Klimarisiken eine große Herausforderung: So drohen die Auswirkungen des Klimawandels Entwicklungserfolge zu gefährden sowie zukünftige Konflikte um Land, Wasser und andere Lebensgrundlagen zu verschärfen. Schon heute gibt es 2 500 Ressourcen-Konflikte. In fragilen Staaten, wo Menschen bereits durch Armut oder Krieg geschwächt sind, droht weiteres Konfliktpotential – einige Expertinnen und Experten verweisen auf einen möglichen Zusammenhang zwischen Dürre, mangelnder Ernährungssicherheit und anhaltenden Konflikten im Tschad. Bis 2030 sollen dort mehr als 2,3 Milliarden Menschen leben – wir müssen entschieden handeln!

Die deutsche Entwicklungspolitik verfolgt dabei drei Ansätze, um den Herausforderungen zu begegnen. Erstens: Mehr Klimaschutz, der durch eine globale Energie-, aber auch Verkehrswende und den Schutz der Wälder ermöglicht wird. Zweitens: Besseres Wissen und mehr Unterstützung für die Menschen, sich an Klimaänderungen anzupassen – auch dort, wo die Folgen von Klimawandel und Konflikten drohen, sich gegenseitig zu verstärken. Innovative Anbaumethoden und finanzielle Absicherung für Ernteausfälle stärken beispielsweise die Widerstandsfähigkeit von Kleinbäuerinnen und -bauern. Drittens: Mehr Engagement für Krisenprävention durch Ansätze, die frühzeitig helfen und friedliches Miteinander fördern. Denn wo Krieg ist, wird nicht gesät und nicht geerntet – es findet kein Handel, keine nachhaltige Entwicklung statt. Ohne Entwicklung ist kein dauerhafter Frieden möglich.

Für Frieden brauchen Menschen Zukunftsperspektiven. Eine vorausschauende Friedens- und Sicherheitspolitik stellt die Würde und das Wohlergehen der Menschen in den Mittelpunkt. Entwicklungspolitik ist die beste Krisenprävention. Daher setzt sich Deutschland auch während seines Vorsitzes im UN-Sicherheitsrat für die Bewältigung der Herausforderungen von Klimawandel und Sicherheit ein.

MENSCHLICHE SICHERHEIT

Das Konzept der Menschlichen Sicherheit rückt neben der Souveränität des Staates den Schutz des Individuums und der Würde des Menschen in den Mittelpunkt. Frieden umfasst nach diesem Verständnis mehr als die bloße Abwesenheit von Gewalt und Waffen. Die grundlegenden Bedürfnisse der Menschen müssen in der Schaffung und Wahrung von Frieden und Sicherheit Beachtung finden. Unter diesem erweiterten Sicherheitsverständnis kommt entwicklungspolitischen Themen besondere Bedeutung zu. Neben der physischen Sicherheit des Individuums soll auch soziale, wirtschaftliche und kulturelle Sicherheit gewährleistet werden.

Das erweiterte Sicherheitsverständnis umfasst sieben Dimensionen, die allesamt vom Klimawandel betroffen sein können:

- **Wirtschaftliche Sicherheit**
- **Ernährungssicherheit**
- **Gesundheitliche Sicherheit**
- **Umweltsicherheit**
- **Persönliche (physische) Sicherheit**
- **Gesellschaftliche Sicherheit**
- **Politische Sicherheit**

DAS PARISER KLIMAABKOMMEN

Im Jahr 2015 verabschiedeten die mittlerweile 196 Vertragsstaaten der sogenannten UN-Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC) das Pariser Klimaabkommen. In diesem einigten sie sich darauf, den durchschnittlichen globalen Temperaturanstieg auf deutlich unter 2° C und wenn möglich auf 1,5° C zu begrenzen. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen alle Staaten gleichermaßen Bemühungen zum Klimaschutz unternehmen, insbesondere die reichen Industriestaaten.

Die Regierungen konnten sich allerdings nicht auf konkrete Vorgaben für einzelne Länder einigen, sondern setzen auf Selbstverpflichtungen: Alle Staaten, die das Abkommen unterzeichnet haben, müssen Pläne vorlegen, in denen sie darlegen, wie viel klimaschädliche Abgase sie einsparen wollen und wie dies gelingen kann. Über die Umsetzung verhandeln sie jeweils auf den UN-Klimakonferenzen, die seit der Verabschiedung der Klimarahmenkonvention im Jahr 1992 jährlich stattfinden.

Weitere Infos gibt es unter www.dgvn.de/klimaabkommen/

ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Mit der Agenda 2030 und ihren 17 Zielen für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) haben alle Staaten der Welt im Jahr 2015 einen umfassenden globalen Aktionsplan für den Menschen, den Planeten und den Wohlstand beschlossen. Die 17 Ziele beschreiben, wie eine bessere Welt für alle Menschen im Jahr 2030 aussehen soll. Ein Grundgedanke der Agenda ist, dass alle Ziele nur gemeinsam erreicht werden können, weil sie eng miteinander verbunden sind: Denn weder Entwicklung noch Frieden ist ohne ein intaktes Klima möglich. Aber auch ein nachhaltiger Schutz des Klimas und der Umwelt ist nur möglich, wenn gleichzeitig Frieden herrscht und Menschen ohne Armut leben können.

Die Ziele sind für alle Staaten der Welt gültig. Reichere Länder wie Deutschland sollen die Ziele sowohl in ihren eigenen Ländern erreichen, als auch ihre Umsetzung in anderen Ländern durch Entwicklungszusammenarbeit und die eigene Lebensweise – beispielsweise durch eine nachhaltigere Wirtschaft ohne Ausbeutung von Menschen – unterstützen. Die 17 Ziele setzen sich aus insgesamt 169 Unterzielen zusammen, die möglichst genau angeben, welche Veränderungen bis zum Jahr 2030 erreicht werden sollen.

Weitere Infos gibt es unter www.dgvn.de/sdgs/

UN im Klassenzimmer

Lehrerinnen und Lehrern an weiterführenden Schulen bietet das Programm „UN im Klassenzimmer" die Möglichkeit, internationale Politik für ihre Schülerinnen und Schüler erlebbar zu machen. Anhand von interaktiven Präsentationen lernen sie die Funktions- und Arbeitsweisen der Vereinten Nationen kennen und erproben in einer Simulation des UN-Sicherheitsrats ihr diplomatisches Geschick. Die Projekte werden von Studierenden durchgeführt, die sich bereits ausführlich mit den Vereinten Nationen beschäftigt haben.

Studierende mit Interesse an politischer Bildungsarbeit und den Vereinten Nationen können im Rahmen des Projektes UN im Klassenzimmer Schülerinnen und Schüler für die Weltorganisation begeistern. Gemeinsam mit einem Teamer bzw. einer Teamerin begleitest du die Schülerinnen und Schüler bei der Erarbeitung des UN-Basiswissens und/oder leitest eine Simulation des Sicherheitsrats an. Die DGVN bereitet dich optimal auf diese Aufgaben vor und stellt alle benötigten Materialien zur Verfügung.

Mehr Infos unter **www.UN-Klassenzimmer.de** oder direkt per Mail an **UNKlassenzimmer@dgvn.de**

»Am schlimmsten ist der Hunger dort, wo sich extreme Klimaereignisse und Konflikte überschneiden.«

Ein Interview mit Gernot Laganda vom Welternährungsprogramm (WFP) über Nahrungssicherheit in Zeiten des Klimawandels.

Die Ziele für Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen geben vor, den Hunger in der Welt bis zum Jahr 2030 zu überwinden. Wie realistisch ist es, dieses Ziel zu erreichen?
Momentan sind wir in einer Welt zu Hause, in der einer von neun Menschen nicht weiß, wie er sich am folgenden Tag ernähren kann. Wir haben 821 Millionen Menschen auf der Welt, die an Hunger leiden. Und diese Zahl ist leider nicht rückläufig, sondern sie steigt wieder. Wir sehen momentan also eine Entwicklung, die – wenn es so weitergeht – nicht darauf hindeutet, dass wir den Hunger in der Welt bis 2030 überwunden haben werden. Dafür gibt es wahrscheinlich drei zentrale Gründe, nämlich Konflikte, ökonomische Ungleichgewichte und ungerechte Verteilung sowie den Klimawandel. Dieser ist ein Multiplikator für wirtschaftliche Risiken und Konflikte.

Warum stellt der Klimawandel eine Gefahr für die Nahrungssicherheit dar?
Einerseits gibt es Extremereignisse wie etwa Dürrekatastrophen, Überflutungen und Stürme, die aufgrund des Klimawandels häufiger und intensiver werden. Diese Ereignisse erfordern als Reaktion humanitäre Nothilfe, weil viele Menschen ihre Lebensgrundlage verlieren. Andererseits gibt es schleichende Risiken, welche die Landwirtschaft grundlegend verändern. Dazu zählen das Abschmelzen der Gletscher, das Ansteigen des Meeresspiegels, die Versalzung und Erosion von Böden, eine Verschiebung von Beginn und Ende der Regenzeiten oder auch Veränderungen in Bezug auf Biodiversität und Schädlingsbefall.

Die Auswirkungen des Klimawandels sind auf die ganze Wertschöpfungskette verteilt – nicht nur bei der Produktion von Lebensmitteln, sondern auch bei der Lagerung, beim Transport und der Verarbeitung. So wirkt sich Hitze nicht nur auf landwirtschaftliche Nutzpflanzen und -tiere aus, sondern kann es etwa nach einer Überschwemmung auch zu einer Unterbrechung der Transportwege kommen – dann kommen Produkte nicht mehr auf den Markt und auch umgekehrt Produktionsmittel nicht mehr zu den Kleinbäuerinnen und -bauern.

Was tut WFP, um Nahrungssicherheit angesichts des Klimawandels zu verbessern?
Viele Regierungen verfolgen immer noch den Ansatz, auf Klimakatastrophen mit humanitärer Hilfe zu reagieren. Wir bemühen uns aber sehr, durch Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels vorausschauendes Risikomanagement zu betreiben. Wir wollen die präventive Arbeit verbessern noch bevor Klimakatastrophen sich entwickeln. Dazu haben wir die Ansätze »Restore« (Wiederherstellen), »Protect« (Schützen) und »Anticipate« (Voraussehen).

Wir versuchen etwa die Abholzung von Wäldern als wichtige natürliche Schutzstrukturen zu vermeiden (restore), Versicherungslösungen und soziale Sicherheitsnetze zu fördern (protect) und Wettervorhersagen für Kleinbäuerinnen und -bauern zu ermöglichen (anticipate), um die Auswirkungen von extremen Klimaereignissen für die Landwirtschaft zu minimieren. In Bangladesch hat das WFP im vergangenen Jahr, in dem es starke Monsunregenfälle gegeben hat, zum Beispiel aufgrund der Vorhersagen eines Frühwarnsystems drei Tage vor der Spitze einer Flutkatastrophe finanzielle Überweisungen für 5000 betroffene Haushalte organisiert: Jeder Haushalt hat 50 US-Dollar erhalten. Die Leute haben dieses Geld für Baumaterialien verwendet, um sicherzustellen, dass die Infrastruktur keinen großen Schaden nimmt, ihre Angehörigen und Nutztiere in Sicherheit gebracht oder Vorräte an Nahrungsmitteln und Medikamenten angelegt. Diese Transfers haben dazu beigetragen, dass Menschen nicht auf humanitäre Hilfe von außen angewiesen waren und die Krise selbst bewältigen konnten.

Inwieweit trägt Nahrungsmittelknappheit in Folge des Klimawandels zu neuen Konflikten bei?
Wir verstehen den Klimawandel als Risikomultiplikator, seine Folgen können dazu beitragen, bestehendes Konfliktpotenzial »aufzubrechen«. Dabei gibt es eine Umwelt-Dimension: Wasserknappheit etwa kann zu Spannungen zwischen Menschen führen, die von saisonalem Regen als Quelle für Konsum, Nutztiere und Landwirtschaft abhängig sind. Ebenso gibt es auch eine wirtschaftliche Dimension: Bereits eine um einen Grad höhere Durchschnittstemperatur kann zu einem mehr als zweiprozentigen Abfall von Wirtschaftswachstum in ärmeren Ländern führen. Das hat Auswirkungen auf Nahrungsmittelpreise, Arbeitslosigkeit und die Wahrscheinlichkeit, dass sich Konflikte ausbilden. Die soziale Dimension schließlich betrifft das Verhältnis zwischen verschiedenen Gruppen, die unterschiedliche Lebensgrundlagen und -strategien haben, z. B. zwischen Menschen, die Viehwirtschaft und sesshafte Landwirtschaft betreiben. Gibt es eine Knappheit von Wasser, dann ziehen die pastoralen (d. h. mit ihrem Vieh wandernden) Gruppen oft in Gebiete, in denen sesshafte Bäuerinnen und Bauern leben – was zu gewaltsamen Konflikten führen kann.

Politisch bedeutet das, dass Länder mit einem niedrigen Entwicklungsstatus ein höheres Risiko wirtschaftlicher Schocks und erzwungener Migration haben, was die Gefahr langwieriger Sicherheitskrisen erhöht. Man kann an verschiedenen Schrauben drehen: Etwa das Management von Ressourcen wie Wasser verbessern, bessere staatliche Fürsorgesysteme schaffen und partizipative Prozesse besser nutzen – also unterschiedliche Gruppen um einen Tisch zusammenbringen, um an einer gemeinsamen Strategie zu arbeiten, wie man mit dem Klimawandel als gemeinsamem Problem umgeht.

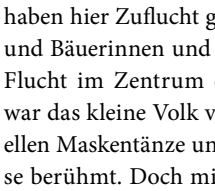
Welche Unterstützung wünschen Sie sich, um die Arbeit von WFP zu stärken?
Wir brauchen einen gemeinsamen Ansatz aller Länder, um die Bekämpfung des Klimawandels und die Anpassung an das Klima parallel voranzutreiben. Wir müssen die globale Erwärmung langfristig durch eine Reduzierung von Treibhausgasen verlangsamen, aber gleichzeitig brauchen wir sehr unmittelbar – also jetzt sofort – strategische Unterstützung bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels, vor allem für die ärmsten Länder.

Wir sind immer wieder damit konfrontiert, dass Finanzmittel der internationalen Zusammenarbeit segmentiert sind: Es gibt Mittel für humanitäre Hilfe, für Entwicklungszusammenarbeit und Klimafinanzierung. Wir benötigen in unseren Programmen aber ausreichend Flexibilität, um effektiv an der Schnittstelle zwischen humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit tätig zu sein. Wir sehen immer mehr die Notwendigkeit, längerfristig finanzierte Programme aufzubauen: Wir dürfen nicht immer erst dann, wenn es Krisen gibt, kurzfristig mit humanitärer Hilfe reagieren, sondern es braucht stabile Programme, in denen Katastrophenprävention und Klimaanpassung strukturell verankert sind. Wenn wir das nicht schaffen und weiterhin nur reagieren, wenn es bereits zu spät ist und Klimagefährdungen sich bereits in Katastrophen ausgedrückt haben, dann kann das gegenwärtige System der humanitären Hilfe die Hungerkatastrophen der Zukunft ganz sicher nicht bewältigen.

Bewohnerinnen und Bewohner eines Dorfes in Südsudan transportieren Nahrungsmittel, die sie vom Welternährungsprogramm (WFP) erhalten haben, um eine Dürre zu durchstehen. Foto: WFP/Gabriela Vivacqua

Geopolitische Konflikte in der Arktis: Der Klimawandel führt zu einem Abschmelzen des Eises in der Arktis. Die Anrainerstaaten wetteifern um die Kontrolle über neue Schifffahrtswege und unter dem Eis verborgene Bodenschätze. Prallen verschiedene Interessen aufeinander, könnte es zu militärischen Auseinandersetzungen in der Region kommen.

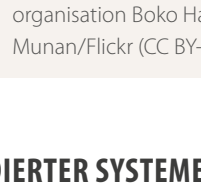
Machtvakuum nach Naturkatastrophen: Naturkatastrophen können dazu beitragen, dass staatliche Strukturen geschwächt werden und so im Zusammenspiel mit weiteren Faktoren wie z. B. Korruption ein Machtvakuum entsteht, das zu Plünderungen oder sogar Bürgerkriegszuständen führt wie etwa in Haiti. Hier zerstörte ein verheerendes Erdbeben 2010 einen Großteil des Landes, aber auch Klimaereignisse wie Wirbelstürme und Überschwemmungen haben seitdem den Staat weiter geschwächt. Foto: UN Info Centre for the Carribean Area



Organisierte Kriminalität & Klimawandel: Auch zwischen organisierter Kriminalität, die vielerorts zu Gewalt beiträgt, und dem Klimawandel lassen sich Verbindungen herstellen: So ist organisierte Kriminalität beispielsweise ein wichtiger Treiber der Abholzung des Amazonas-Regenwalds, die nicht nur klimaschädlich ist, sondern auch indigene Völker gewaltsam aus ihrer Heimat vertreibt. Foto: Tiago Zenero/UNDP Brazil

Gletscherschmelze in den Anden: Die Andengletscher werden bis zum Ende dieses Jahrhunderts vollständig schmelzen. Die Gletscherschmelze erhöht das Risiko von Überschwemmungen und könnte in einer Dürre enden, welche die von den Gletschern abhängigen Gemeinden trifft und zu neuen Verteilungskonflikten führt.

Konflikte in Folge von Klimaschutz: Auch dringend notwendige Maßnahmen zum Klimaschutz können zu Konflikten führen, beispielsweise wenn Tausende Menschen ihre Arbeitsplätze in der Kohleindustrie verlieren. In Frankreich war etwa eine zur Finanzierung der Energiewende geplante Besteuerung fossiler Kraftstoffe einer der Auslöser der teilweise gewaltsamen Proteste der sogenannten Gelbwesten-Bewegung.



»Klima-Krieg« im Sudan?: Im Jahr 2007 bezeichnete der damalige UN-Generalsekretär Ban Ki-moon den seit 2003 anhaltenden Konflikt zwischen verschiedenen Volksgruppen in der sudanesischen Region Darfur als ersten »Klima-Krieg« der Welt. Zunehmende Trockenheit hatte Wanderbewegungen ausgelöst, die zu bewaffneten Konflikten zwischen Nomadinnen und Nomaden sowie ansässigen Bäuerinnen und Bauern um Ackerland führten – die Eskalation des Konflikts im Jahr 2006 fiel mit dem Höhepunkt der Dürre zusammen. Viele Expertinnen und Experten sehen jedoch politische und wirtschaftliche Unterdrückung sowie eine Militarisierung der Region als Ursache für einen gezielten Völkermord und kritisieren, mit dem Verweis auf den Klimawandel habe die sudanesische Regierung versucht, die eigene Verantwortung zu verschleiern. Foto: UN Environment

Ressourcenkonflikte im Kongo: Zahlreiche Milizen finanzieren sich durch die Ausbeutung von seltenen Rohstoffen, die für Handys, aber etwa auch für Elektroautos benötigt werden, die wiederum einen wichtigen Beitrag zu einer klimafreundlicheren Mobilität leisten sollen. Foto: UNEP

Ressourcenknappheit am Tschadsee: Bittere Armut und anhaltende Konflikte haben im Tschad eine humanitäre Krise ausgelöst. Der Klimawandel erschwert das Überleben der überwiegend ländlichen Bevölkerung, die von der Landwirtschaft, der Fischerei und der Viehzucht abhängig ist. Veränderte Niederschläge haben dazu geführt, dass die Wasserstände des Tschadsees unvorhersehbar schwanken. Da verschiedene Gruppen um den Zugang zu den begrenzten natürlichen Ressourcen konkurrieren, eskalieren soziale Spannungen und steigt das Risiko gewaltsamer Konflikte. Weiter verschärft wird dies durch den Zuzug von Menschen, die vor der Terrororganisation Boko Haram in Nigeria geflohen sind. Foto: OCHA/Mayanne Munan/Flickr (CC BY-NC-ND 2.0)

Vergiftetes Klima

Im westafrikanischen Mali nehmen Konflikte zu. Der Klimawandel ist einer der Gründe. **VON BETTINA RÜHL**

Auf dem Viehmarkt der malischen Hauptstadt Bamako spielen Kinder zwischen Schafen und Kühen, neben Strohlagern und Futtertrögen stehen notdürftige Hütten. Dutzende Vertriebene haben hier Zuflucht gesucht. Sie alle sind Dogon und Bäuerinnen und Bauern, haben bis zu ihrer Flucht im Zentrum des Landes gelebt. Früher war das kleine Volk vor allem wegen seiner rituellen Maskentänze und astrologischen Kenntnisse berühmt. Doch mittlerweile sind die internationalen Schlagzeilen anders. Es geht um Morde und Massaker, die Dogon sind mal Täter und mal Opfer. Auf der anderen Seite stehen die Fulbe, ein Volk von Viehzüchterinnen und Viehzüchtern. Auch sie sind mal Täter und mal Opfer.

Mahamad Guindo ist Chef des Dogon-Dorfes Yara im Zentrum von Mali und zählt sich zu den Opfern. »Es ist sehr schwer, die gegenwärtige Krise zu verstehen«, sagt Guindo. »Die Angreifer reden mal vom Heiligen Krieg, mal von Weideland für ihre Tiere.« Der Dorfchef, der um die 80 Jahre alt sein mag, sitzt neben Schafen und Rindern auf einem Bettgestell aus rohem Holz. Bewaffnete Islamisten hätten sein Dorf im Frühjahr 2019 aufgesucht und erst einmal über ihre Religion gesprochen. Kurze Zeit später seien sie wiedergekommen, hätten die Menschen aus dem Dorf vertrieben oder getötet. An der Seite der Islamisten sah Guindo Bekannte aus dem Nachbardorf. Wie die Islamisten waren sie Fulbe. Beim Anblick seiner Nachbarn sei ihm klar geworden, dass die Religion, von der die Islamisten sprachen, nur ein Vorwand war. »In Wirklichkeit geht es um unser Land, es ist sehr gutes Weideland«, glaubt der Dorfchef. Die halbnomadischen Fulbe seien auf der Suche nach neuen Weideflächen, da ihre angestammten Gebiete wegen der häufigen Dürren inzwischen zu trocken seien.

STEIGENDE TEMPERATUREN IM SAHEL

Tatsächlich hat sich das Klima in Mali in den vergangenen Jahren verändert. Das bestätigt der Klimatologe Hartmut Behrend, der in Mali für die staatliche deutsche Entwicklungsorganisation »Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit« (GIZ) arbeitet. Behrend zufolge hat sich die Durchschnittstemperatur im Sahel seit 1960 um knapp ein Grad erhöht. Die Wasserverfügbarkeit sei seit 1980 um fünf Prozent zurückgegangen. Behrend leitet ein Projekt, das Mali bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels unterstützen soll. Dessen Auswirkungen machen sich durch Wetterextreme bereits deutlich bemerkbar: Die Regenzeiten wurden sehr viel unregelmäßiger, die Starkregen heftiger, die Überschwemmungen größer. »Niemand weiß noch, wann er aussäen soll«, fasst der Klimatologe zusammen. Wird zur falschen Zeit gesät, bleibt die Ernte mickrig oder fällt sogar aus, selbst wenn irgendwann später womöglich doch noch ergiebiger Regen fällt. Der Klimawandel mündet somit in »Ressourcenkonflikte, die aufgrund der Erhöhung der Temperatur, der geringen Verfügbarkeit von Wasser und des Rückgangs der Nahrungsmittelproduktion entstehen«.

Im Zentrum von Mali eskalieren die blutigen Konflikte zwischen Dogon und Fulbe seit 2015. Hinzu kommt eine drastische Zunahme der terroristischen Gewalt. Und das nicht nur in Mali, sondern im gesamten Sahel, also der halbtrockenen Zone am Rande der Wüste Sahara. Nach Angaben der Vereinten Nationen hat sich die Zahl der Terroranschläge in Burkina Faso, Mali und dem Niger seit 2016 verfünffacht, mit mehr als 4000 Opfern allein im Jahr 2019.

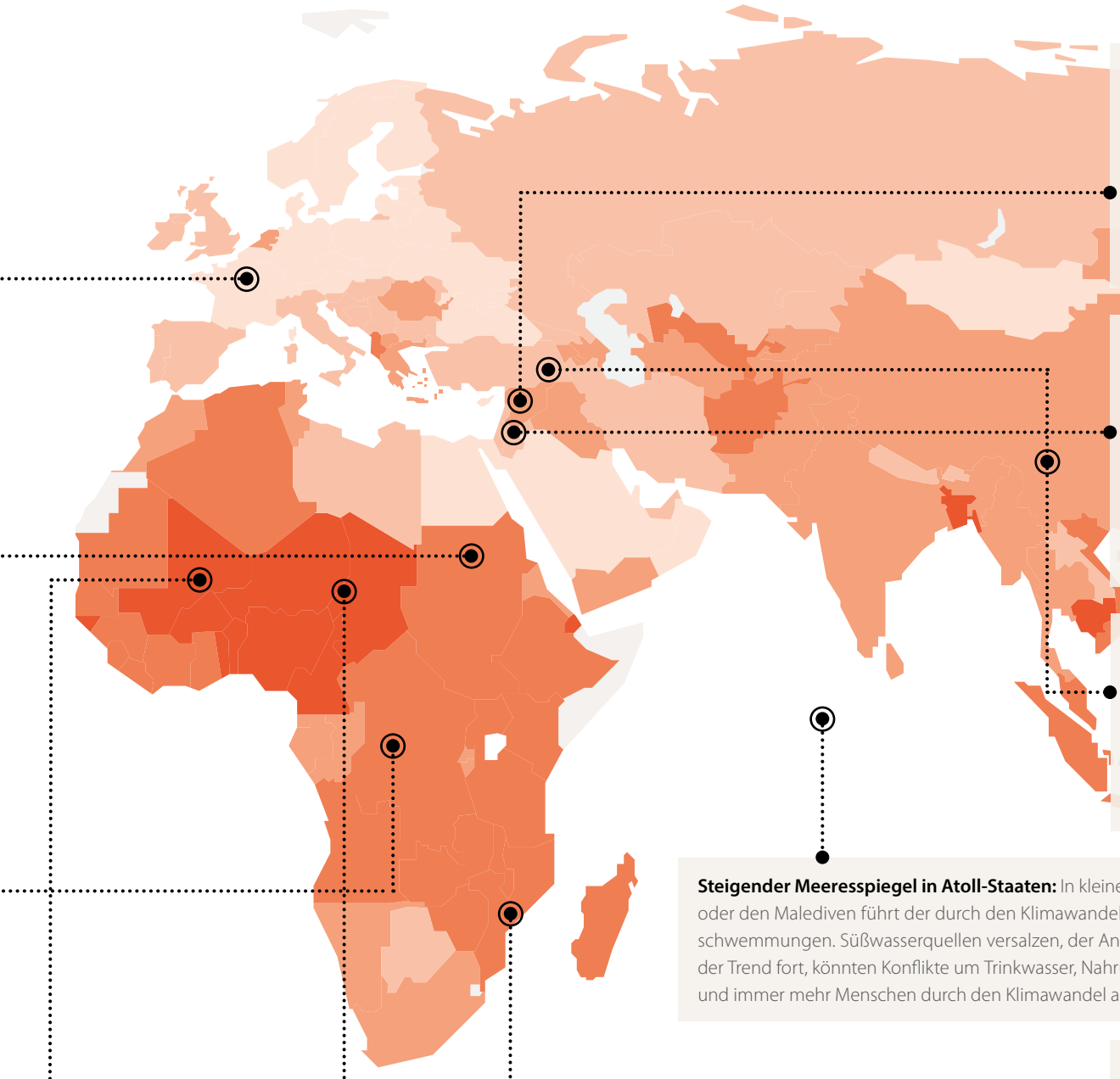
KOLLAPS TRADIERTER SYSTEME

Im Sahel sind die Ressourcen infolge von Klimawandel und Bevölkerungswachstum noch knapper als früher. Deshalb funktionieren die Managementsysteme für Wasser, Anbauflächen und Weideland nicht mehr, erklärt Baba Dakono. Er leitet das Büro des afrikanischen »Instituts für Sicherheitsstudien« (ISS) in Bamako. Im 19. Jahrhundert sei zwischen Bäuerinnen und Bauern sowie Viehzüchterinnen und Viehzüchtern klar geregelt gewesen, wer das Land zu welcher Zeit nutzen darf. Eine Weidesatzung legte fest, wann die Nomaden ihre Herden zu anderen Weidegründen treiben durften. Dadurch war geregelt, dass die Wanderung nicht in die Erntezeit fiel. »Die Bäuerinnen und Bauern bestellten also ihre Felder, und wenn alles abgeerntet war, kamen die Hirtinnen und Hirten von den nördlichen Weideflächen zurück, die Tiere zogen über die Brachflächen.« Außerhalb dieser festgelegten Zeiten mussten die Hirtinnen und Hirten mit ihren Herden festgelegte Wanderrouten nutzen, die neben den Feldern verliefen. »Es gab also bestimmte Mechanismen, die das Verhältnis der verschiedenen Berufsgruppen zueinander regelten und dafür sorgten, dass es möglichst wenige Konflikte gab.« Kam es trotzdem zu Streit, gab es auch traditionelle Regeln, wie dieser zu lösen sei.

Durch den Klimawandel sind die Regenzeiten unberechenbar geworden. Dadurch stünden halbnomadische Viehzüchterinnen und Viehzüchter mit ihren Tieren neuerdings vielleicht überraschend mitten in einem erntereifen Feld. Außerdem legten die Bäuerinnen und Bauern weitere Felder an, wegen des Bevölkerungswachstums und weil die Böden verarmten. Die neuen Äcker lägen auch auf den traditionellen Wanderwegen der Nomaden. »Die Tiere sind dann praktisch gezwungen, über ein Feld zu gehen.« Der Konflikt ist damit vorprogrammiert.

Zwei Dogon-Jäger patrouillieren auf dem Dach eines Hauses, um ihr Dorf zu sichern. Foto: Bettina Rühl

Das allein reicht aber nicht, um so schwere Konflikte zu erklären, wie sie derzeit etwa das Zentrum von Mali erschüttern. Selbst wenn Menschen infolge knapper Ressourcen in existentielle Not gerieten, brauche es weitere Auslöser, damit sie gewalttätig würden, betont Julius Jackson von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO). Gewalt kann ausbrechen, wenn sich zum Beispiel eine Volksgruppe schon seit langem von ihrer Regierung vernachlässigt und benachteiligt fühlt, es lange schwelende Konflikte oder ungeklärte Fragen rund um Nutzungsrechte an Land, Brunnen oder anderen Wasserstellen gibt. Jackson bezeichnet den Klimawandel deshalb als einen Verstärker von Konflikten: Der Klimawandel schafft die Konflikte nicht aus dem Nichts heraus, kann aber bestehende Spannungen und verdeckte Brüche in der Gesellschaft verschärfen. »Wir gehen davon aus, dass auch das Risiko künftiger Konflikte steigt, wenn der Klimawandel weiter zunimmt«, erklärt Jackson.



Syrien-Konflikt: Nach Einschätzung zahlreicher Expertinnen und Experten könnte der Klimawandel einer der Auslöser des Bürgerkriegs in Syrien sein, der seit 2011 mindestens 350 000 Todesopfer gefordert und unzählige Menschen in die Flucht getrieben hat. Vor Ausbruch des Konflikts zwischen 2006 und 2010 gab es in der gesamten Region eine extreme Dürre, die zu Ernteausfällen, der Zerstörung der Lebensgrundlage vieler Bäuerinnen und Bauern und einer Explosion der Lebensmittelpreise geführt hat. Auch in anderen Ländern sind die Proteste des sogenannten »Arabischen Frühlings« auf die Folgen dieser Dürre zurückzuführen.

Wasser-Konflikte im Nahen Osten: Bereits im Jahr 1985 warnte der spätere UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali davor, dass die Kriege der Zukunft um Wasser geführt werden würden. In Teilen des Nahen Ostens herrscht seit jeher extreme Wasserknappheit, die durch den Klimawandel weiter zunimmt. So ist es nicht überraschend, dass die Kontrolle über Wasservorräte im Konflikt zwischen Israel und Palästina eine zentrale Rolle einnimmt, aber auch zu Konflikten zwischen verschiedenen Staaten in der Region beitragen könnte. Foto: FAO/Cengiz Yar

Soziale Spannungen und zwischenstaatliche Konflikte durch Staudammprojekte: Große Staudämme, wie sie derzeit etwa in China oder der Türkei geplant werden, können einen Beitrag zur Sicherung der Trinkwasserversorgung in Zeiten des Klimawandels leisten. Wenn dafür Menschen vertrieben werden müssen, kann dies aber auch zu sozialen Spannungen und Konflikten führen. Wird ein Flusslauf gestaut, der durch mehrere Länder verläuft, können die Staudämme auch Konflikte zwischen Staaten hervorrufen.

Steigender Meeresspiegel in Atoll-Staaten: In kleinen und niedrig gelegenen Atoll-Staaten wie Kiribati, Tuvalu oder den Malediven führt der durch den Klimawandel ausgelöste Meeresspiegelanstieg zu Erosion und Überschwemmungen. Süßwasserquellen versalzen, der Anbau von Lebensmitteln wird immer schwieriger. Setzt sich der Trend fort, könnten Konflikte um Trinkwasser, Nahrungsmittel und Wohnfläche in den Gesellschaften zunehmen und immer mehr Menschen durch den Klimawandel aus ihrer Heimat vertrieben werden.

? Welche weiteren Regionen gibt es, in denen aufgrund des Klimawandels Konflikte oder Unsicherheit herrschen?

Die Karte zeigt einige ausgewählte Beispiele, wie der Klimawandel zu Gewalt und Konflikten beitragen kann. Die Beispiele machen deutlich, dass die gesellschaftlichen Folgen des Klimawandels, aber auch von Klimaschutz, sehr unterschiedlich sein können und die gesamte Welt betreffen.

Die Färbung der Karte basiert auf dem WeltRisikoIndex 2019, der vom Bündnis Entwicklung Hilft herausgegeben wird. Der Index gibt das Risiko von Katastrophen an, die durch extreme Naturereignisse und den Klimawandel ausgelöst werden. Dabei berücksichtigt er nicht nur die Wahrscheinlichkeit, mit der ein Land z. B. vom Meeresspiegelanstieg oder von Naturkatastrophen getroffen wird, sondern erfasst auch, wie gut die jeweiligen Gesellschaften darauf vorbereitet sind, mit diesen Ereignissen umzugehen. Weitere Informationen: https://weltrisikobericht.de/

Versichert unsicher

Die Klimakrise zerstört die Lebensgrundlagen vieler Menschen, vor allem im globalen Süden. Können Versicherungen bei den Folgen des Klimawandels helfen? **VON SUSANNE SCHWARZ**

Die Wellen türmten sich bis zu sechs Meter auf. Im März 2019 wütete der Zyklon »Idai« im südöstlichen Afrika, brach zuerst über die mosambikanische Hafenstadt Beira herein und arbeitete sich dann ins Landesinnere vor. Auch Mosambiks Nachbarländer Malawi und Simbabwe waren betroffen. Mehr als tausend Menschen starben, Hunderttausende wurden obdachlos, Äcker und Ernten vernichtet – und das alles über Nacht. Nur wenig später trafen weitere Stürme die Region. Es folgten Cholera und Dengue-Fieber, die in der instabilen Lage besonders tödlich waren. Die Erholung von einer Krise ist schwer, wenn sie im Grunde nie aufhört. Auch ein Jahr nach »Idai« lebten Hilfsorganisationen zufolge immer noch fast hunderttausend Menschen in Notunterkünften.

Die Klimakrise ist zerstörerisch, und zwar besonders in ärmeren Ländern des globalen Südens. Das zeigt der Langzeittrend des Klima-Risiko-Index, den die Umweltorganisation Germanwatch jährlich herausgibt (https://germanwatch.org/de/kri). Sieben der zehn Länder, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten am meisten unter extremen Wetterereignissen in Folge des Klimawandels litten, haben niedrige oder untere mittlere Einkommen.

KLIMA-RISIKO-VERSICHERUNGEN

Um betroffenen Menschen möglichst schnell zu helfen, versuchen einige Länder, die Privatwirtschaft zunehmend miteinzubeziehen. Besonders Deutschland wirbt für sogenannte Klima-Risiko-Versicherungen. Denn während in reicheren Ländern immerhin etwa 50 Prozent der Schäden durch extreme Wetterereignisse versichert sind, sind es in ärmeren Regionen weniger als fünf Prozent. »Dürren in Afrika, Stürme in der Karibik, Überschwemmungen in Asien – diese Katastrophen bedeuten gerade für die ärmsten Menschen oft den Verlust der wirtschaftlichen Existenz«, sagt Bundesentwicklungsminister Gerd Müller. »Deswegen wollen wir bis zum Jahr 2025 500 Millionen Menschen in Entwicklungsländern gegen Schäden durch den Klimawandel absichern.« Das heißt, Länder wie Deutschland subventionieren die Versicherungen, damit die Prämien bezahlbar werden. Im Prinzip funktioniert das Ganze genau wie bei anderen Versicherungen: Ein Pool an potenziell Gefährdeten zahlt ein – damit die, die es dann wirklich trifft, Kompensation erhalten. Das Risiko verteilt sich so auf viele Schultern. Meist laufen solche Klima-Risiko-Versicherungen über Verträge, die Staaten miteinander schließen – aber auch Unternehmen oder Einzelne können sich versichern, auch wenn dies bislang kaum verbreitet ist.

Anders als üblich müssen Klima-Risiko-Versicherte nicht immer einzeln nachweisen, inwiefern sie konkret geschädigt wurden. Das Geld wird ausgeschüttet, sobald bestimmte meteorologische Parameter erreicht sind – sobald es also lange genug nicht mehr oder zu viel geregnet oder ein Sturm eine bestimmte Windgeschwindigkeit erreicht hat. So steht das Geld schnell zur Verfügung. Doch es besteht auch die Gefahr einer Schutzlücke, falls die tatsächlichen Schäden größer sind, als es die Modelle berechnet hatten.

GRENZEN VON KLIMA-VERSICHERUNGEN

Kritikerinnen und Kritiker dieser Versicherungen monieren allerdings, dass die Industrieländer die Klimakrise nahezu im Alleingang verschuldet haben – und nun auch noch Versicherungen in weniger entwickelte Länder verkaufen wollen. Der indische Klimaschützer Harjeet Singh von der Hilfsorganisation Action Aid etwa fürchtet, dass die Regierungen aus dem globalen Norden sich möglichst günstig aus der Verantwortung ziehen und noch dazu Versicherungskonzernen beim Markteintritt in Entwicklungsländern helfen. »Deutschland darf seine Verantwortung für die Klimakrise nicht komplett auf die Privatwirtschaft abwälzen«, warnt auch Sabine Minninger vom evangelischen Hilfswerk Brot für die Welt. »Für die Branche ist das ohnehin ein Null-Profit-Geschäft«, meint die Klimaexpertin. So ist es fraglich, ob sich Versicherungsunternehmen in dem Maße wie gewünscht beteiligen.

Dennoch begrüßen auch Hilfswerke die Klima-Risiko-Versicherungen grundsätzlich. Sie warnen jedoch, dass das Modell Grenzen hat und nicht ausreicht. Denn bei manchen Schäden und Verlusten, die durch die Klimakrise entstehen, greift das Konzept nicht. Versicherungen funktionieren nur, wenn Viele einzahlen, der Schaden aber nicht überall auftritt. Bei schleichenden Folgen des Klimawandels wie dem Meeresspiegelanstieg, der Wüstenbildung oder der Gletscherschmelze ist das anders. Es kann als sicher gelten, dass diese Prozesse ganze Landstriche und Inseln zerstören werden.

Auch in Fällen, die theoretisch versicherbar sind, könnte das Modell an seine Grenzen stoßen. »Die Klima-Risiken steigen und mit ihnen die Policen«, sagt Minninger. »Arme Staaten verschulden sich schon jetzt massiv durch die Klimakrise, sie werden künftig auch für Klima-Risiko-Versicherungen weitere Kredite aufnehmen müssen.« Deshalb fordern in den UN-Klimaverhandlungen viele Regierungen aus dem globalen Süden neben den Klima-Versicherungen einen Fonds, den die Industriestaaten mit genug Geld füllen, das im Schadensfall an Entwicklungsländer ausgezahlt wird – bisher erfolglos.

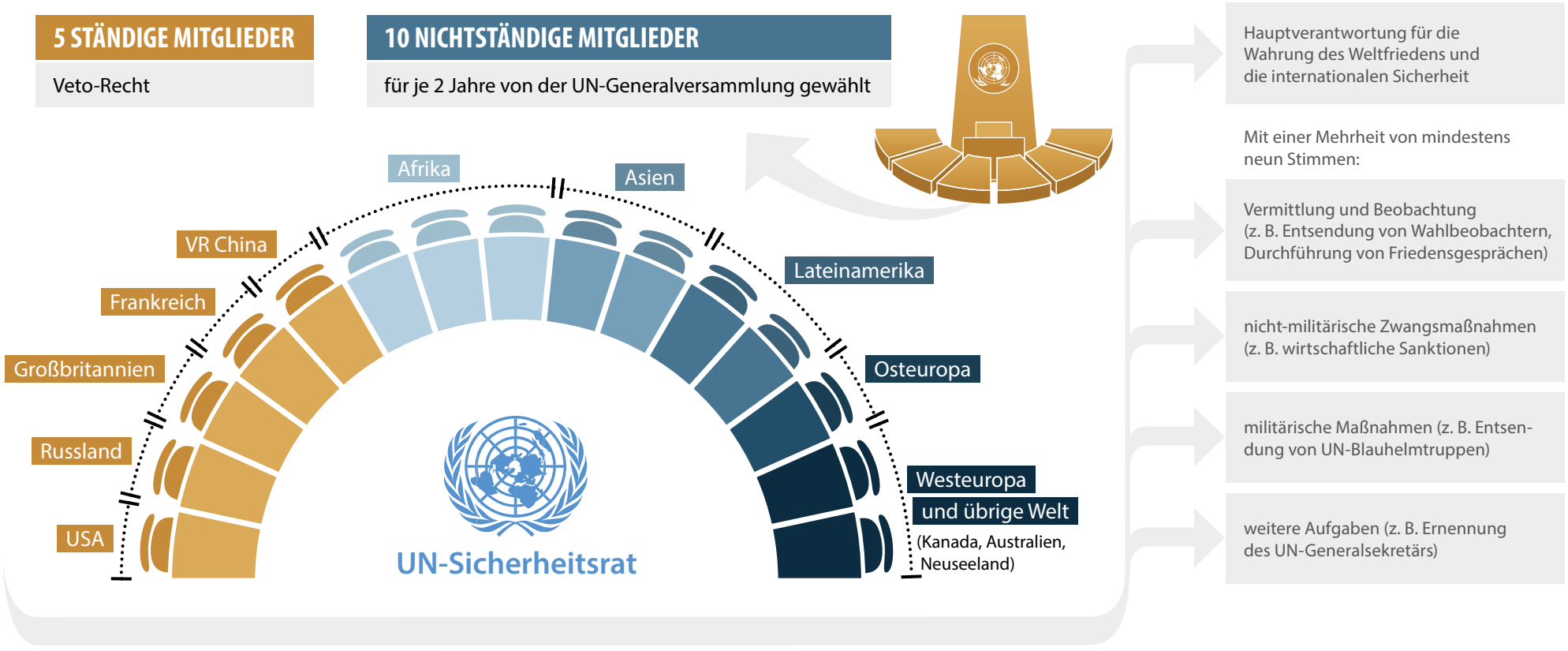
Zyklon »Idai« zerstörte über Nacht Ernten, Häuser und die wirtschaftliche Existenz vieler Menschen in Mosambik und seinen Nachbarländern. Foto: WFP

KLIMAWANDEL ALS SCHULDENFALLE

Für Staaten wie Mosambik ist es nicht nur eine humanitäre Katastrophe, wenn Stürme oder Dürren wüten, sondern auch ein Weg in die Schuldenfalle. »Idai« hat in Mosambik Schäden verursacht, die etwa 15 Prozent des Bruttoinlandprodukts entsprechen, wie das katholische Hilfswerk Misereor und das Entschuldungsbündnis Erlassjahr.de in ihrem Schuldenreport aufschlüsseln (https://erlassjahr.de/produkt/schuldenreport-2020/). Das ohnehin arme Land, das Zahlungen an seine Gläubiger schon 2016 eingestellt hat, musste sich zusätzlich verschulden.

Klimawandel im UN-Sicherheitsrat

Der UN-Sicherheitsrat ist zuständig für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Trotz der wachsenden Bedeutung des Klimawandels sind Schritte gegen die Sicherheitsrisiken des Klimawandels im wichtigsten internationalen Entscheidungsgremium aber weiter umstritten. Auch Deutschland möchte daran etwas ändern.



Der UN-Sicherheitsrat ist das einzige Gremium, das völkerrechtlich verbindliche Entscheidungen auch gegen den Willen einzelner UN-Mitgliedstaaten treffen und deren Umsetzung notfalls auch mit Zwangsmaßnahmen durchsetzen kann. So kann er zum Beispiel Sanktionen verhängen oder UN-Soldatinnen und -Soldaten entsenden. Der Rat setzt sich aus fünf ständigen Mitgliedern, die mit ihrem sogenannten »Veto-Recht« alle Beschlüsse des Gremiums blockieren können, sowie zehn auf jeweils zwei Jahre von allen UN-Mitgliedstaaten gewählten Ländern aus verschiedenen Weltregionen zusammen (siehe Grafik). Bisher sind alle größeren Reformvorschläge zur Zusammensetzung des Rats gescheitert, sodass häufig kritisiert wird, dass er immer noch die globale Machtverteilung zur Zeit seiner Gründung nach dem Zweiten Weltkrieg widerspiegelt und Länder aus Asien, Afrika und Lateinamerika gemessen an der heutigen Bevölkerungszahl unterrepräsentiert sind.

KLIMA IM UN-SICHERHEITSRAT

Trotz der zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels auf die menschliche Sicherheit sowie auf Konflikte und die Friedenssicherung hat sich der Sicherheitsrat lange Zeit kaum mit dem Klimawandel befasst. Seit einigen Jahren kommt es jedoch zunehmend zu einem Umdenken: Immer mehr UN-Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland (siehe S. 7), setzen sich dafür ein, dass der Sicherheitsrat den Klimawandel in seinen Beschlüssen berücksichtigt. So verabschiedete der Sicherheitsrat 2018 zum Konflikt am Tschadsee erstmals eine Resolution (so nennt man die Beschlüsse des Sicherheitsrats), die ausdrücklich auch die durch den Klimawandel verursachten Gefahren erwähnt.

GEHÖRT DER KLIMAWANDEL IN DEN UN-SICHERHEITSRAT?

Aber es gibt auch immer noch Vorbehalte gegen eine Behandlung des Klimawandels im Sicherheitsrat. Kritikerinnen und Kritiker fürchten, das Mandat des Rats könnte verwässert werden, und verweisen darauf, dass der Klimawandel selten der alleinige Auslöser für Konflikte ist. Sie argumentieren, dass der Sicherheitsrat sich auf die Lösung handfester Konflikte wie z. B. dem Krieg in Syrien fokussieren sollte, anstatt sich in allgemeinen Diskussionen über »weiche« Sicherheitsthemen wie dem Klimawandel zu verlieren. Zudem nimmt leider seit einigen Jahren in manchen Staaten eine grundsätzliche Skepsis gegenüber der Idee der internationalen Zusammenarbeit zu und es wird aus politischen Gründen sogar der menschgemachte Klimawandel in Frage gestellt.

Klar ist, dass es für Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Unterstützung der Staaten bei der Anpassung an den Klimawandel eigenständige internationale Abkommen und Gremien gibt wie etwa das Pariser Klimaabkommen und die jährlich stattfindenden UN-Klimakonferenzen (siehe S. 2). Der Sicherheitsrat ist also tatsächlich kein Ort, um darüber zu verhandeln, welche Staaten wie viel Klimaschutz betreiben sollen.

KLIMA-KONFLIKTE PRÄVENTIV BEARBEITEN

Gleichzeitig haben die UN-Mitgliedstaaten jedoch schon vor Jahren beschlossen, dass der Klimawandel ein Querschnittsthema ist und von allen internationalen Organisationen im Rahmen ihres Mandats behandelt werden sollte. Angesichts der Gefahren des Klimawandels für Frieden und Sicherheit glauben viele Staaten, dass die Frage nicht länger sein kann, ob der Klimawandel ein Thema für den Sicherheitsrat ist, sondern dass es vielmehr um die Frage gehen muss, was dieser konkret entscheiden kann. Sie argumentieren, dass der Sicherheitsrat sich auch heute schon mit Konflikten wie etwa in Mali, am Tschadsee oder in Syrien befasst, die durch den Klimawandel verstärkt werden (siehe S. 4–5) – oft jedoch erst dann, wenn es zu spät ist und bereits blutige Auseinandersetzungen ausgebrochen sind. Durch frühzeitiges, präventives Handeln könnten Konflikte aber verhindert oder zumindest abgemildert werden.

DEN KLIMAWANDEL STETS MITDENKEN

Dafür ist es notwendig, den Klimawandel und die von ihm ausgelösten Auswirkungen auf Frieden und Konflikte überall mitzudenken – selbst dann, wenn sie (noch) nicht zu den offenkundig zentralen Ursachen eines Konflikts zählen. Im Jahr 2010 hat der UN-Sicherheitsrat einstimmig in einer Resolution zu Frauen, Frieden und Sicherheit (siehe S. 7) das Konzept des »Gender-Mainstreaming« verankert, das besagt, dass Geschlechtergerechtigkeit in allen Kontexten berücksichtigt und Frauen gleichberechtigt in alle Friedensprozesse eingebunden werden müssen. Das könnte ein Vorbild für den Diskurs zum Klimawandel sein: Der Sicherheitsrat würde sich verpflichten, die Auswirkungen des Klimawandels ebenso als Querschnittsthema stets zu berücksichtigen.

WAS KANN DER SICHERHEITSRAT KONKRET TUN?

Unter anderem könnte der Sicherheitsrat folgende Maßnahmen ergreifen:

VERHANDLUNG UND PRÄVENTION

Vereinbarungen zwischen Konfliktparteien aushandeln, die den Zugang zu immer knapperen lebenswichtigen Ressourcen wie Wasser oder Ackerland regeln.

Durch die Verhandlung von Abkommen zwischen Staaten mit unterschiedlichen Interessen neuen zwischenstaatlichen Konflikten (z. B. in der Arktis) vorbeugen.

Anpassung an das Klima noch besser in die Konfliktprävention einbeziehen: Durch das Pflanzen von Bäumen als natürliches Schutzschild gegen Stürme oder Erosion kann etwa Konflikten über fruchtbares Land vorgebeugt werden.

Frühwarnsysteme entwickeln, die den Sicherheitsrat über sich anbahnende Konflikte informieren und mittels wissenschaftlicher Analysen z. B. die Auswirkungen einer Dürre möglichst genau vorhersagen können.

ÜBERWACHUNG, FRIEDENSMISSIONEN UND SANKTIONEN

Friedensmissionen in Regionen entsenden, die stark von Auswirkungen des Klimawandels (z. B. Hungersnöten) betroffen sind, welche Konflikte auslösen können: Diese Missionen könnten z. B. zwischen Konfliktparteien vermitteln, die Zerstörung von Waffen und die Umsetzung von Friedensabkommen oder Vereinbarungen zum Zugang zu wichtigen Ressourcen überwachen.

Die Zivilbevölkerung und zivile Infrastruktur durch UN-Friedenstruppen schützen, um zu verhindern, dass einzelne Konfliktparteien z. B. die Kontrolle über die Trinkwasserversorgung erlangen und dies als »Waffe« gegen andere Konfliktparteien oder die Bevölkerung einsetzen.

Die Sicherheit humanitärer Helferinnen und Helfer schützen, die nach klimabedingten Naturkatastrophen der Bevölkerung durch Lieferungen von Medikamenten oder Nahrungsmitteln helfen und in Konfliktregionen zwischen die Fronten geraten könnten: Dies kann durch eine militärische Absicherung humanitärer Einsätze in Konfliktregionen geschehen, aber auch durch Sanktionen gegen diejenigen, die z. B. Ärztinnen oder Ärzte unter Beschuss nehmen.

? **Gibt es weitere Maßnahmen, die sinnvoll und notwendig sein könnten, um den Frieden angesichts der Auswirkungen des Klimawandels sicherzustellen?**

DEUTSCHLAND IM UN-SICHERHEITSRAT

Außenminister Heiko Maas leitet im April 2019 eine Sitzung des UN-Sicherheitsrats. Foto: UN Photo/Eskinder Debebe

Deutschland gehört in den Jahren 2019 und 2020 dem UN-Sicherheitsrat an. Ein Schwerpunkt der deutschen Kampagne für die Wahl in den Sicherheitsrat waren neben Konfliktprävention und der Aufrechterhaltung des Völkerrechts und der Menschenrechte auch die Auswirkungen des Klimawandels. Dieses Thema hatte Deutschland schon bei seiner letzten Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat in den Jahren 2011 und 2012 als einer der ersten Staaten überhaupt auf die Tagesordnung gesetzt. Nun will Deutschland die Folgen des Klimawandels im Juli 2020 erneut in den Sicherheitsrat einbringen – wenn das Land ebenso wie bereits im April 2019 die Präsidentschaft im Sicherheitsrat übernimmt, die in alphabetischer Reihenfolge rotiert.

»GROUP OF FRIENDS ON CLIMATE AND SECURITY«

Zusammen mit dem pazifischen Inselstaat Nauru gründete Deutschland im Jahr 2018 die Freundesgruppe »Klima und Sicherheit« innerhalb der Vereinten Nationen. Die neue Staatengruppe hat sich zum Ziel gesetzt, innerhalb der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten, um Lösungen für sicherheitsrelevante Folgen des Klimawandels zu finden. Der Gruppe haben sich 27 der 193 UN-Mitgliedstaaten angeschlossen, darunter vor allem Inselstaaten und europäische Länder.

»BERLIN CALL FOR ACTION«

Im Juni 2019 verabschiedeten die Mitglieder der Staatengruppe auf Einladung des Auswärtigen Amts auf der »Berlin Climate and Security Conference« einen Aktionsaufruf. Unter dem Motto »Das Klima für den Frieden verbessern« beschlossen sie,

- die durch den Klimawandel entstehenden Risiken bei allen Entscheidungen auf nationaler und internationaler Ebene zu berücksichtigen. Dabei soll ein Fokus auf die Bedürfnisse besonders betroffener Menschen gelegt werden.
- dass Regierungen und internationale Organisationen die notwendigen Strukturen schaffen sollen, um Einschätzungen zu Klima und Sicherheit zur Grundlage ihrer Arbeit zu machen. Dies beinhaltet eine bessere Finanzierung für Analysen, aber auch eine Überwindung von strukturellen Barrieren (z. B. eine bessere Zusammenarbeit der zuständigen Ministerien).
- dass die Reduzierung von klimabedingten Sicherheitsrisiken im gesamten Prozess der Friedenskonsolidierung eine zentrale Rolle einnehmen muss, sowohl in der Prävention als auch in Friedensgesprächen und Friedenseinsätzen. Auch der Sicherheitsrat wird aufgerufen, die durch den Klimawandel hervorgerufenen Gefahren anzuerkennen.

BRAUCHT ES UN-GRÜNHELME?

Um den Frieden zu sichern, Konfliktparteien auseinanderzuhalten, die Zivilbevölkerung zu schützen, einen Waffenstillstand umzusetzen oder Wahlen zu beobachten, kann der UN-Sicherheitsrat bewaffnete oder unbewaffnete UN-Soldatinnen und -Soldaten oder -Polizistinnen und -Polizisten entsenden. Aufgrund der blauen Färbung ihres Helms werden sie auch als »Blauhelme« bezeichnet.

Angesichts des Klimawandels schlagen einige Expertinnen und Experten vor, dass es zusätzlich auch »UN-Grünhelme« bräuchte. Solche »Grünhelme« könnten Aufgaben zur Verhinderung von Klima-Konflikten übernehmen, bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels helfen oder überwachen, dass die Staaten ihre Ziele zum Klimaschutz umsetzen. Da eine dafür notwendige Reform des UN-Sicherheitsrats als unwahrscheinlich gilt, fordern einige Länder die Gründung eines neuen Gremiums mit weitreichender Entscheidungsbefugnis zum Klimawandel, z. B. einen UN-Klima- und -Umweltrat.

ZWANGSMASSNAHMEN ZUM KLIMASCHUTZ

Befürworterinnen und Befürworter eines UN-Klima- und -Umweltrats argumentieren, dass für effektiven Klimaschutz mehr Druckmittel notwendig sind als das Pariser Klimaabkommen vorsieht (siehe S. 2). Sie hoffen, dass ein Klima- und Umweltrat ähnlich wie der UN-Sicherheitsrat Sanktionen oder sogar ein internationales Eingreifen beschließen könnte, wenn Staaten nicht genügend zum Klimaschutz beitragen und somit die Sicherheit von Menschen gefährden.

Ein Land, das die Brandrodung von Regenwald duldet, könnte zum Beispiel aufgefordert werden, Brände zu löschen oder die illegale Abholzung von Wäldern zu stoppen. Käme das Land dieser Aufforderung nicht nach, könnte ein Klima- und -Umweltrat etwa Handels-Boykotte gegen die von den Rodungen profitierenden Branchen verhängen. Kann oder will das Land dennoch keine geeigneten Maßnahmen zum Klimaschutz ergreifen, könnte als letztes Mittel eine internationale Eingreiftruppe – notfalls auch gegen den Willen des betreffenden Staats und militärisch abgesichert – einschreiten.

Solche Überlegungen werfen allerdings eine Reihe von Fragen auf: Wann genau greift der Rat ein? Aus welchen Staaten setzt er sich zusammen? Und welche Hürden gibt es, um Missbrauch zu verhindern?

KLIMAWANDEL IM UN-SICHERHEITSRAT

In den Jahren nach Gründung der Vereinten Nationen im Jahr 1945 bestimmte ein sehr klassischer Sicherheitsbegriff die Arbeit des Sicherheitsrats. Über die Jahre hat der Rat jedoch ein umfassenderes Verständnis von Frieden und Sicherheit angenommen und sein Mandat weiter ausgelegt. Trotzdem hat er sich den Auswirkungen des Klimawandels nur zögerlich angenommen. Ein kurzer Überblick:

2007 findet auf Vorschlag Großbritanniens die erste, weitgehend ergebnislose Debatte zum Klimawandel im Sicherheitsrat statt.

2011 setzt Deutschland den Klimawandel im Sicherheitsrat auf die Tagesordnung, kommt über eine präsidentielle Erklärung – der schwächsten Form der Beschlussfassung des Gremiums – mit der Bitte an den UN-Generalsekretär, zukünftig Informationen zum Klimawandel in seine Berichte aufzunehmen, nicht hinaus.

Zwischen **2013** und **2017** gibt es vereinzelte Sitzungen des Sicherheitsrats zu verschiedenen Aspekten des Klimawandels, die weitgehend ergebnislos bleiben.

2017 betont der Sicherheitsrat erstmals in einer Resolution zum Konflikt am Tschadsee auch die Rolle klimabedingter Sicherheitsrisiken.

2018 erhält eine Debatte zu klimabezogenen Sicherheitsrisiken auf Initiative Schwedens viel Aufmerksamkeit und werden Bezüge zum Klimawandel in weitere Resolutionen zu Somalia, dem Sudan und Mali aufgenommen.

2019 befasst sich der Sicherheitsrat auf Antrag der Dominikanischen Republik mit den Auswirkungen klimabedingter Katastrophen auf den internationalen Frieden; auf einer Konferenz in Deutschland wird der »Berlin Call for Action« verabschiedet (siehe links).

2020 plant Deutschland während seiner Präsidentschaft im Sicherheitsrat im Juli eine weitere Debatte über Klima und Sicherheit.

FRAUEN UND MÄDCHEN LEIDEN BESONDERS

Eine UN-Peacekeeperin unterhält sich in Mali mit Kindern. Foto: UN Photo/Marco Dormino

Frauen und Mädchen gehören sowohl beim Klimawandel als auch in Konflikten zu den besonders Leidtragenden. Studien haben gezeigt, dass sie häufiger als Männer Opfer von Naturkatastrophen werden und aufgrund niedrigerer Einkommen stärker von Unterernährung in Folge von Dürren betroffen sind. Oft werden sie von Konfliktparteien gezielt attackiert oder vergewaltigt.
In vielen Gesellschaften sind Frauen und Mädchen auch für die durch den Klimawandel und Konflikte schwieriger werdende Beschaffung von Wasser oder die Pflege kranker Angehöriger zuständig. Trotzdem sind sie häufig von den Machtstrukturen ausgeschlossen, in denen über Krieg und Frieden oder Klimaschutz entschieden wird.

RESOLUTION 1325 ZU FRAUEN, FRIEDEN UND SICHERHEIT

Ein nachhaltiger Frieden kann nur dann erreicht werden, wenn Frauen in alle Prozesse und Entscheidungen einbezogen werden. Daher hat der UN-Sicherheitsrat im Jahr 2000 die Resolution 1325 zu »Frauen, Frieden und Sicherheit« verabschiedet, die Konfliktparteien dazu aufruft, die Rechte von Frauen zu schützen und Frauen gleichberechtigt in Friedensverhandlungen, Konfliktschlichtung und den Wiederaufbau mit einzubeziehen. Doch auch 20 Jahre nach Verabschiedung dieser wichtigen Resolution werden ihre Ziele leider zu oft noch nicht umgesetzt.

Die DGVN veröffentlicht im Jahr 2020 eine weitere Ausgabe der Eine-Welt-Presse, die sich mit »Frauen, Frieden und Sicherheit« befasst und nach ihrem Erscheinen unter www.dgvn.de/eine-welt-presse heruntergeladen und bestellt werden kann.

Klimaschutz in Konfliktregionen

Aufruf zur Klimarevolution in Libyen. **VON BETTINA RÜHL**

Auch wenn ihr libysches Heimatland in Krieg und Chaos versinkt, fordern libysche Klimaaktivistinnen und -aktivisten eine Klimarevolution. Malak Altaeb, Chemie-Ingenieurin und Bloggerin, erklärte etwa schon im August 2017, die libysche Jugend fordere »die sofortige erneuerbare-Energien-Revolution«. Malak Altaeb gehört zur »Libyschen Jugendbewegung für das Klima« (»Libyan Youth Climate Movement«, LYCM), die landesweit gut 50 Mitglieder hat und im Jahr 2012 als Teil einer entsprechenden Bewegung der arabischen Jugend gegründet wurde.

»Bei uns sind die Veränderungen des Klimas schon deutlich spürbar«, erzählt der 23-jährige Elektroingenieur Sadiq Nuri. »Es regnet weniger und wegen der Verwüstung der Böden ist viel mehr Staub in der Luft«. Die libyschen Klimaaktivistinnen und -aktivisten klären über die Gefahren des Klimawandels auf, über mögliche Schritte im Kampf gegen die weitere Erderwärmung und über andere Möglichkeiten, die Umwelt zu schonen. Für ihre Arbeit spielen das Internet und soziale Medien eine wichtige Rolle. Außerdem gehen sie in Schulen und Universitäten, veranstalten Seminare und Workshops.

Und sie wollen auf politischer Ebene für Gesetze werben, die klimafreundlicher sind. In Libyen ist das keine einfache Aufgabe, schon weil es seit dem Sturz von Muammar al-Gaddafi 2011 keinen wirklichen Staat mehr gibt. Die von den Vereinten Nationen anerkannte Regierung unter Ministerpräsident Fayez Al-Sarradsch hat nur wenige Teile des Landes unter Kontrolle, immer wieder gibt es heftige Kämpfe. »Ich würde lügen, wenn ich behaupten würde, dass mich in diesen Tagen vor allem der Klimawandel beunruhigt«, räumt der 37-jährige Hamed Elhuni ein. »Hier ist Krieg, im Moment interessiert uns das Überleben.« Trotzdem habe er erst vor ein paar Tagen vor Pfadfinderinnen und Pfadfindern einen Vortrag über den Klimawandel gehalten. »An das Klima und die Umwelt zu denken, ist mir eine zweite Natur geworden«, meint die 24-jährige Yusor Benali. Gerade in Zeiten des Krieges. Denn bei jeder neuen Runde der Kämpfe werde die Lösung anderer drängender Fragen auf Eis gelegt. Am Ende bleibe das Land vielleicht hinter dem zurück, was schon einmal erreicht worden sei. Deshalb findet es Yusor umso wichtiger, den Gedanken an das Klima und die Umwelt trotz des Kriegs wachzuhalten. Damit dann, wenn Libyen endlich befriedet und wieder ein Staat sein sollte, nicht noch mehr Zeit verloren geht.

Der Klimawandel vertreibt Menschen aus ihrer Heimat

Die Vereinten Nationen fürchten, dass bis zum Jahr 2050 mindestens 200 Millionen Menschen aufgrund des Klimawandels aus ihrer Heimat vertrieben werden könnten. Doch noch immer mangelt es an internationaler Anerkennung solcher Klima-Vertriebener.

Bewohnerinnen und Bewohner des zu Tuvalu gehörenden Nui-Atolls verabschieden ein Team des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) und der Regierung des Landes, welche das Atoll nach dem Zyklon »Pam« im Jahr 2015 mit Hilfsgütern versorgt haben. Der extreme Sturm hatte etwa 90 % der Ernten auf Nui vernichtet, 40 % der etwa 600 Bewohnerinnen und Bewohner des Atolls mussten umgesiedelt werden, nachdem der Sturm ihre Häuser zerstört hatte. Foto: UNDP/Silke von Brockhausen

Gemeinsam mit ihren Müttern sitzen zahlreiche Kinder unweit der Landebahn des kleinen Flughafens auf dem Funafuti-Atoll in Tuvalu mitten im Wasser, während nacheinander die Staats- und Regierungschefs und -cheffinen der pazifischen Inselstaaten sowie Australiens und Neuseelands an ihnen vorbeischreiten. Noch ist diese Szene gestellt: Die Kinder sitzen in Wasserbecken, mit der Aktion möchte die Regierung Tuvalus zu Beginn des Pacific Islands Forums im September 2019 ein Zeichen für mehr Klimaschutz setzen. Doch die Aktion könnte sinnbildlich für die Zukunft stehen, welche die Kinder in Tuvalu und anderen niedrig gelegenen Inselstaaten tatsächlich eines Tages erwarten könnte.

Denn der durch den Temperaturanstieg und die Gletscherschmelze ausgelöste Meeresspiegelanstieg führt schon heute dazu, dass nur wenige Meter über dem Meeresspiegel gelegene Inseln wie die des Funafuti-Atolls regelmäßig überschwemmt werden. Die Erosion zerstört die Küsten. Die Versalzung der Böden führt zu Süßwassermangel und macht jegliche Versuche, Nahrungsmittel anzubauen, zunichte. Außerdem untergräbt der Klimawandel die ohnehin schon geringen wirtschaftlichen Perspektiven. Da viele Atollinseln nicht einmal 100 Meter breit sind, gibt es kaum Möglichkeiten, die betroffenen Menschen innerhalb der eigenen Insel umzusiedeln. Immer mehr Menschen bleibt deshalb keine andere Möglichkeit, als ihre Heimat zu verlassen.

EINE GLOBALE HERAUSFORDERUNG

Ähnliches geschieht auch an ganz anderen Orten der Welt, etwa im Afrika südlich der Sahara. Hier ist es zunehmende Trockenheit, welche den Menschen ihre Lebensgrundlage raubt und sie aus der Heimat vertreibt. Dies hat verheerende Auswirkungen für ihre persönliche Sicherheit, da die Menschen sich oft ohne ihr Hab und Gut auf den Weg in eine ungewisse Zukunft machen müssen und in den Ländern und Regionen, in die sie gelangen, kaum Rechte haben und keinerlei Schutz genießen. Da die Veränderungen des Klimawandels zumeist ein schleichender Prozess sind, verstärkt dies auch Ungleichheiten, weil häufig die ärmsten Menschen als erste betroffen sind, da sie sich nicht vor den Folgen des Klimawandels in ihrer Heimat schützen können. In einigen Fällen können Flucht und Migration auch neue Konflikte auslösen, etwa wenn diejenigen, die ihre Heimat verlassen mussten, in Regionen kommen, in denen sie mit der ansässigen Bevölkerung um lebenswichtige Ressourcen wie Trinkwasser konkurrieren (siehe S. 3–5).

Die Vereinten Nationen fürchten, dass der Klimawandel bis zum Jahr 2050 mindestens 200 Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertreiben wird – und somit jede bisherige globale Flucht- und Migrationsbewegung in den Schatten stellen könnte. Schon heute sind nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) über 70 Millionen Menschen auf der Flucht, darunter etwa 26 Millionen Menschen, die Landesgrenzen überquert haben und offiziell als Flüchtlinge anerkannt werden – der höchste Wert, den es jemals seit dem 2. Weltkrieg gegeben hat. Darunter sind viele Menschen, die vor Konflikten wie etwa dem in Syrien geflohen sind, die durch den Klimawandel zumindest verstärkt werden (S. 5).

KLIMA-VERTRIEBENE: VON DER GENFER FLÜCHTLINGSKONVENTION NICHT ANERKANNT

Doch immer noch gibt es kein internationales Abkommen, das Menschen, die in Folge des Klimawandels ihre Heimat verlassen müssen, Schutzrechte wie die Aufnahme in anderen Ländern zugesteht. Die Genfer Flüchtlingskonvention erkennt zwar solche Menschen als Flüchtlinge an, die ihre Heimat in Folge von Kriegen oder politischer Verfolgung verlassen müssen, nicht jedoch diejenigen, die aufgrund von Naturkatastrophen oder den Folgen des Klimawandels vertrieben werden. Für sie braucht es dringend ein eigenes Abkommen, welches ihnen rechtliche Anerkennung und Schutz zusichert.

In einer wegweisenden Entscheidung hat der UN-Menschenrechtsausschuss im Januar 2020 geurteilt, dass Menschen nicht in ihre Heimat abgeschoben werden dürfen, wenn ihnen dort durch den Klimawandel eine Gefahr für das eigene Leben droht. Damit hat das Gremium, das sich aus unabhängigen Expertinnen und Experten zusammensetzt, bestätigt, dass der Klimawandel die Menschenrechte einschränken kann, und daraus Anweisungen für das Handeln von Staaten abgeleitet. Das reicht jedoch nicht aus, denn zum einen ist dieser Beschluss nicht bindend, zum anderen greift er erst, wenn es eigentlich schon zu spät ist – nämlich dann, wenn Menschen bereits aus ihrer Heimat geflohen sind und wieder in diese zurückgeschickt werden sollen. Was es wirklich braucht, ist vorausschauendes Handeln.

MIGRATION ODER FLUCHT?

Denn ist gibt einen großen Unterschied zwischen Migration und Flucht: Flucht ist ein ungeregelter Prozess, bei dem die Menschen nahezu keine Kontrolle über den Zeitpunkt, den Weg und das Ziel ihrer Flucht haben und häufig ohne Vorbereitung ihre Heimat verlassen müssen. Auch eine Migration muss nicht freiwillig erfolgen, kann den Betroffenen anders als eine überhastete Flucht jedoch ein Mindestmaß an Würde und Selbstbestimmtheit lassen.

MIGRATION IN WÜRDE

Ein Konzept, wie eine solche vorausschauende Migration aussehen kann, stammt von Anote Tong, dem ehemaligen Präsidenten des pazifischen Inselstaats Kiribati, einem Nachbarstaat Tuvalus. Er setzte sich während seiner Amtszeit für mehr Klimaschutz ein, aber auch dafür, realistisch anzuerkennen, dass eine Migration in andere Länder für einen Teil der Bevölkerung seines Landes unvermeidlich werden könnte. Sein Konzept der »Migration in Würde« (engl. »Migration with Dignity«) beinhaltet, die Menschen schon in Kiribati so auszubilden, dass sie später einen positiven Beitrag zu Aufnahmegesellschaften leisten können – nicht als Opfer, sondern als selbstbestimmte Menschen, die ihre eigene kulturelle Identität aufrechterhalten können. Ein Ziel ist es deshalb, den betroffenen Menschen möglichst viel Kontrolle über den Zeitpunkt der Umsiedlung zu lassen. Nach und nach sollen so Auswanderergemeinschaften in anderen Staaten entstehen, die dabei helfen, die Ankunft zukünftiger Migrantinnen und Migranten vorzubereiten. Das setzt allerdings voraus, dass einzelne Staaten sich bereit erklären, die Bevölkerung eines Landes wie Kiribati aufzunehmen – und die Menschen nicht als Flüchtlinge über den ganzen Erdkreis verstreut werden.

Herausgeber
Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.
Zimmerstraße 26/27 · D-10969 Berlin
Telefon: (030) 259375-0 · Telefax: (030) 259375-29
E-Mail: info@dgvn.de · Web: www.dgvn.de
dgvn.e.V dgvn_de

1. Auflage Juni 2020 · ISSN 1614-5437

Verantwortlich
Dr. Lisa Heemann, DGVN-Generalsekretärin

Text und Gesamtredaktion
Oliver Hasenkamp, DGVN

Redaktion
Jana Krieg, Ariane Luessen, Patrick Rosenow, DGVN

Gestaltung: Cornelia Agel
Druck: oeding print GmbH
Gedruckt auf 100%-Recycling-Papier.

Klimaneutral Druckprodukt ClimatePartner.com/11339-2006-1002

Blauer Engel DE-UZ 195 RAL UMWELTZEICHEN XQ4
www.blauer-engel.de/uz195
Dieses Druckerzeugnis wurde mit dem Blauen Engel ausgezeichnet.

Die Publikation wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.

Sie sind am Bezug der EINE-WELT-PRESSE oder an bereits erschienenen Ausgaben interessiert? Auf Anfrage senden wir Exemplare gerne zu – auch größere Stückzahlen für die Bildungsarbeit. www.dgvn.de/eine-welt-presse/